

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	02/2023
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	28.02.2023
Zeit:	19:00 Uhr – 21:46 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlächtermann und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz <u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert und Oppelt Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner (ab 19:35) <u>SPD</u> Stadträtin Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher</u> Ortsvorsteher Erles
weiter anwesend:	
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Linier, von Reumont und Weber; Stadtrat Hornung
Urkundspersonen:	Stadträtinnen Schlächtermann und Streib
Sachvortrag:	Herr Möhrle (FB 3)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr mit der Bürgerfragestunde.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann 2 Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Ein Waldhilsbacher Bürger, spricht das Starkregenmanagement an, da selbst davon betroffen. Auf dem Gürtelweg habe man Gräben gezogen, damit das Wasser kanalisiert werde. Vom Sportplatz laufe nun alles Richtung Schulstraße, dadurch seien er und andere vom Starkregen noch stärker betroffen. Er wolle wissen, wer auf die Idee gekommen sei und was man dagegen tun werde. So könne es nicht bleiben. Die Waldwege seien ausgebaggert worden, damit das Wasser da reinlaufen solle, und nun komme alles zu ihm.

Der Bürgermeister bietet einen Ortstermin zusammen mit Ortsvorsteherin Linier an. Der Bürger wird gebeten, seine Telefonnummer bei der Verwaltung zu hinterlegen, damit man ihn wieder kontaktieren könne.

Ein Neckargemünder Bürger, freut sich sehr, dass die Anbindung des RE gelungen sei und es nun auch Bewirtschaftung und Toiletten auf Hotelniveau im Bahnhof gebe. Die Sauberkeit am Bahnhof sei jedoch katastrophal. Er habe eine Besucherin gehabt, die empört gewesen sei und auch einen Brief ans Rathaus geschrieben habe. Er möchte daher wissen, wann die Sauberkeit der Unterführung nachhaltig gebessert werde - nicht nur am Stadtputztag. Die Aufzüge würden stinken und seien seit Monaten nicht mehr gesäubert wurden. Dies sei schlecht für die Stadt. Der Bürgermeister habe versprochen, sich selbst als Bahnhofspate zu engagieren. Ihm gehe es darum, dass das Zuständigkeitsgerangel ein Ende finde. Pendler und Schüler gewöhnten sich an diesen Dreck und sehen das als Normalität an. Er wolle wissen, ob der Bürgermeister die Ansicht teile und was er dagegen nachhaltig tun werde.

Der Bürgermeister gibt zu, diese Auffassung zu teilen. Allerdings könne die Verwaltung nichts tun, da der Bahnhof der Bahn gehöre. Frau Holzer vom Stadtmarketing mahne ständig an, gelegentlich zeige das Wirkung. Die Zustände seien furchtbar. Die FFW müsse ständig wegen Störungen ausrücken und helfen, um Personen zu befreien. Dann werde die Feuerwehr verantwortlich gemacht, wenn der Fahrstuhl nicht mehr funktioniere. Er habe sich als Bahnhofspate beworben. Sein Angebot wurde seinerzeit drei Jahre lang ignoriert.

Der Bürger schlägt einen Wettbewerb für besten Bahnhof in Kooperation mit der RNZ vor und einen Termin in Berlin direkt bei der Bahn.

Der Bürgermeister ärgert sich, dass auch er kein Gehör bei der Bahn finde.

Ein Bürger aus Rainbach bedankt sich für die Seniorenfeier. Es habe wunderbare Kuchen, Rotwein aus 2018 und Brezel gegeben. Auf dem Bohrermarkt habe es nur Mini-Kuchenstücke gegeben.

Der Bürgermeister gibt den Dank an Ortsvorsteher Erles weiter. Veranstaltungen in den Ortsteilen würden von den Ortsvorstehern und Ortschaftsräten, die auch selber backen, veranstaltet.

Der Bürger kritisiert die abgestorbenen Pflanzen am Alten Rathaus, die dringend durch neue Pflanzungen ersetzt werden sollten. Dies sei wohl Hopfen gewesen, aus dem die Landfrauen Kränze flechten würden.

Der Bürgermeister sagt zu, dies an die technischen Dienste weiterzugeben.

Weiterhin kritisiert der Bürger Schlaglöcher und schlecht ausgebesserte Stellen der Straßen: an der Touristinfo, der Volksbank und hinter der Menzer Villa. Aus seiner Sicht hätten die Leute ihren Beruf verfehlt und es sei schlimm über so hundsmiserable Sachen zu fahren.

Der Bürgermeister lässt auch dies prüfen.

Eine Bürgerin fragt, warum man bei finanziellem Notstand, das Parkhaus Pflughof umtaufen müsse.

Der Bürgermeister erklärt, man habe keinen Notstand, sondern die Stadt sei finanziell schwach. Das Parkhaus gehöre den Stadtwerken und bei der Innenstadtberatung sei festgestellt worden, dass nur die Neckargemünder Bevölkerung wisse, wo es sich befinde. Für externe wäre dies nicht klar und der Name Altstadt-Parkhaus würde helfen, die Menschen dort hinzuleiten. Es werde alles von den Stadtwerken gemacht und bezahlt.

Die Bürgerin möchte weiterhin wissen, ob die Zahl der Schilder erhöht werde.

Der Bürgermeister sagt, man wolle die Parkplätze besser beschildern. Es solle kein Parksuchverkehr mehr geben, sondern alle schnell einen Parkplatz finden. Deswegen sei man dran und optimiere die Beschilderung.

Die Bürgerfragestunde ist 19:23 zu Ende.

- 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 01/2023 vom 24.01.2023**
- 1.1: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
- 1.2: **Beratung:**
Stadträtin Striegel sei bei der Sitzung nicht anwesend gewesen.
Stadtrat La Licata hat zwei Änderungen per E-Mail geschickt.
- 1.3: **Beschluss:**
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
- 2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 02/2023 vom 24.01.2022 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Folgende Beschlüsse werden bekanntgegeben:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den fachbereichsübergreifenden Projektskizzen des Klimaschutzes und des Energiemanagementes für das Jahr 2023 und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung. Im Einzelnen geht es um folgende Projekte:

Umstellung der Energieversorgung des Freibads auf erneuerbare Energien

Im Gemeinderat besteht grundsätzliches Einverständnis, dass das Projekt weiterverfolgt werden soll. Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, einen Fachplaner mit der weiteren Ausarbeitung der Planung zu beauftragen und nach passenden Förderprogrammen zu suchen. Im Laufe der nächsten Monate soll die Verwaltung im Gremium über den Sachstand berichten.

CO₂-neutrale Wärmeversorgung des Bauhofareals aus heimischen Rohstoffen

Im Gemeinderat besteht grundsätzliches Einverständnis, dass das Projekt weiterverfolgt werden soll. Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, einen Fachplaner mit der weiteren Ausarbeitung der Planung zu beauftragen und nach passenden Förderprogrammen zu suchen.

Überdachte Radabstellanlage mit E-Bike-Station und Photovoltaikanlage am Pumpenhaus des Schulzentrums

Im Gemeinderat besteht grundsätzliches Einverständnis, dass das Projekt weiterverfolgt werden soll, reduziert um die zunächst als Idee eingebrachte Skateranlage. Hier soll der weiteren Planung seitens der Jugendbeteiligung nicht vorgegriffen werden. Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, einen Fachplaner mit der weiteren Ausarbeitung der Planung zu beauftragen und nach passenden Förderprogrammen zu suchen. Zusätzlich sind die Jugendlichen, die sich im Rahmen der städtischen Jugendbeteiligung engagieren, davon zu informieren, dass es mit ihrem Wunsch auf überdachte Fahrradabstellanlagen am Schulzentrum weitergeht.

Weiterhin beschließt der Gemeinderat mehrheitlich, bei 11 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, einen Förderantrag für ein „Radhaus am Rathaus“ mit PV-Anlage und fünf Ebenen für 94 Fahrräder und zusätzlich 6 Boxen zu stellen. Die Maßnahme soll nur realisiert werden, wenn es einen positiven Förderbescheid gibt und der Gemeinderat über die Vergabe entschieden hat. Sollte es keine Förderung geben, soll das Thema ggf. in einer weiteren Förderperiode erneut auf die Tagesordnung kommen, alternativ eine andere Planung überlegt werden.

Stadtrat Bergsträsser gibt eine Erklärung ab:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Volk, werte Kolleginnen und Kollegen sehr geehrte Damen und Herren, für die SPD Fraktion möchte ich eine Erklärung zum Tagesordnungspunkt 2: Bekanntgaben der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 1/2023 vom 24.1.2023 gefassten Beschlüsse abgeben.

Herr Bürgermeister Sie gaben soeben einen Beschluss des Gemeinderates zu einem „Radhaus am Rathaus“ bekannt.

In der Tat wurde in der letzten Gemeinderatssitzung am 24. Januar 2023 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung über den Punkt „Radhaus am Rathaus“ diskutiert. Der Beratungsgegenstand war nicht in der Tagesordnung angekündigt. Die Beratung fand unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen und Anfragen“ statt.

Herr Bürgermeister Volk, Sie bezogen sich bei dem Aufruf des Beratungsgegenstandes auf eine Besichtigungsfahrt von Mitgliedern des Gemeinderates zu einem „Radhaus am Bahnhof“ in Heilbronn, die am Samstag zuvor stattfand. Das Ziel der Diskussion sollte nach Ihrer Aussage sein, eine Zielrichtung des Gemeinderates zu erhalten, ob das Projekt durch die Stadtverwaltung weiterverfolgt werden solle.

Die Diskussion, an der sich alle Fraktionen und die fraktionslosen Gemeinderatsmitglieder beteiligten, dauerte deutlich über 30 Minuten. Dabei wurden Positionen für und gegen den Bau eines solchen Radhauses benannt. Kosten für die Stadt und mögliche Zuschüsse durch das Land Baden-Württemberg erörtert. Zum Ende der Diskussion fragte der Bürgermeister ein „Meinungsbild“ ab, bei dem sich eine Mehrheit für die weitere Planung eines „Radhauses am Rathaus“ aussprach.

Vor der Abstimmung fragte ich als Mitglied unserer Fraktion nach, ob diese Beratung und „Abstimmung“ nicht hätte öffentlich geführt werden müssen.

Dies hätte unserer Meinung nach so sein müssen, zumal die Inhalte der Diskussion in keiner Weise persönliche Belange oder finanzieller Belange von Personen oder Einwohnern betrafen. Es wurde auch nicht über Verträge oder mögliche Inhalte von zukünftigen Verträgen gesprochen. Somit war auch nicht der Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen notwendig. Alles in allem eine Diskussion die nach § 35 der Gemeindeordnung hätte öffentlich stattfinden müssen.

Ich zitiere:

§ 35 Öffentlichkeit der Sitzungen

(1) 1 Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich. 2 Nichtöffentlich darf nur verhandelt werden, wenn es das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner erfordern; über Gegenstände, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen, muss nichtöffentlich verhandelt werden.

Zitat Ende

Die durchgeführte „Meinungsabfrage“ hatte, schon direkt nach dieser Gemeinderatssitzung unserer Interpretation nach, eine präjudizierende Wirkung. Dies bestätigt sich bereits heute, da das abgefragte „Meinungsbild“ bereits als Beschluss nach außen bekannt gegeben wird.

Wir fordern Sie Herr Bürgermeister auf festzustellen, dass es keinen Beschluss gab, sondern ein Meinungsbild eingeholt wurde. Dieses Meinungsbild hätte heute nicht öffentlich bekannt gegeben werden dürfen.

Des Weiteren beantragen wir, das Thema „Radhaus am Rathaus“ in der nächsten, spätestens in der übernächsten Sitzung auf die öffentliche Tagesordnung des Gemeinderates zu nehmen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie erwarten und fordern von den Damen und Herren des Gemeinderats einen korrekten und sensiblen Umgang mit den Themen und Inhalten der nichtöffentlichen Sitzung. Wir von der SPD Fraktion erwarten dies auch von Ihnen.“

Der Bürgermeister widerspricht insofern, dass es einen Beschluss dahingehend gab, das Radhaus umzusetzen. Es sei ein Förderantrag beschlossen worden. Es sei absolut richtig, es so als nichtöffentliche Diskussion zu handhaben, wenn man lange diskutiere und dann doch nichts investiere oder umsetze. Die Frage sei gewesen, ob man Arbeitskraft investiere und die Verwaltung beauftrage einen Förderantrag zu stellen. Er nimmt die abweichende Meinung der SPD zur Kenntnis.

3: **Anträge zum Haushalt**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister erläutert, vor der Klausursitzung eingereichte Anträge habe man bereits in der Tagung berücksichtigt. Es seien nun weitere Anträge eingereicht worden.

3.2: **Beratung**

3.2.1 Antrag der SPD-Fraktion, den als Planungsrate für eine große Fahrradabstellanlage („Radhaus“) vorgesehenen Ansatz von 300.000 € auf 200.000€ zu kürzen und die 100.000 € einem Haushaltstitel „Bezahlbarer Wohnraum“ zuzuführen

Stadtrat Schimpf sagt: *„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die SPD-Fraktion beantragt, den als Planungsrate für eine große Fahrradabstellanlage („Radhaus“) vorgesehenen Ansatz von 300 000 € auf 200 000 € zu kürzen und die 100 000 € einem Haushaltstitel „Bezahlbarer Wohnraum“ zuzuführen.*

BEGRÜNDUNG: Die Gesamtkosten des am Bahnhof der Stadt Heilbronn besichtigten „Radhauses“ haben sich auf rund 1,1 Millionen Euro belaufen. Auf Grund der gestiegenen Baukosten muss jetzt mit Kosten von ca.1,3 Millionen Euro gerechnet werden. Selbst wenn die Förderzuschüsse bis fast 85% betragen sollten, bleibt es bei einem städtischen Finanzierungsanteil von über 200 000 €.

Das Projekt ist unseres Erachtens für eine Kleinstadt wie Neckargemünd größtmäßig übersetzt. Einer unseren Verhältnissen angepassten Planung verweigern wir uns nicht. Aber andere Maßnahmen wie z.B. die Schaffung bezahlbaren Wohnraums (städt. Grundstück Herrenweg 17) schieben wir seit Jahren vor uns her und sind jetzt in diesem HH-Plan überhaupt nicht mehr vorgesehen. Auch beruhen einige im HH-Plan vorgesehene Einnahmen auf großem Optimismus.

Die SPD-Fraktion weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Behandlung dieses Themas in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung nicht durch §35 Gemeindeordnung gedeckt

war. Denn weder das „öffentliche Wohl“ noch „berechtigte Interessen Einzelner“ sind bei diesem Großprojekt zu erkennen gewesen.“

Der Bürgermeister bestätigt, man habe die Haushaltsmittel eingestellt, falls es zu diesem Projekt komme. Die Förderanträge würden laufen, dabei seien die 1,1 Mio.€ die Heilbronn investiert habe ein Maß. Nun sei offen, ob es zu einer Förderung komme. Daher neige er dazu, diesen Antrag abzulehnen.

Stadträtin Groesser schließt sich dem an. Es sei ja noch nicht beschlossen und bei den Grünen spreche man sich ebenso für den sozialen Wohnungsbau aus. Man poche schon die ganzen Jahre darauf, dass etwas geschehe und es könne nicht sein, dass man Umweltmaßnahmen und Soziales gegeneinander ausspiele. Der soziale Wohnungsbau sei ganz bestimmt nicht vergessen, und da muss auch etwas geschehen und man müsse diskutieren, wie es geschultert werden könne. Werde den Antrag ablehnen, weil man das nicht gegeneinander ausspielen solle.

Stadtrat Rehberger teilt mit, dass man sich bei den Freien Wählern mit allen drei Anträge intensiv befasst habe, es jedoch kein einheitliches Meinungsbild gebe und man daher eher heterogen abstimme. Seiner Meinung nach, solle man hier nicht verschieben, sondern so belassen. Der Förderantrag müsse gestellt werden und erst, wenn der positiv beschieden würde, werden man planen. Der Gemeinderat habe bei steigenden Kosten immer noch die Möglichkeit nein zu sagen. Er stimme Stadträtin Groesser zu, man brauche bezahlbaren Wohnraum. Daher habe man sich immer vehement gegen den Verkauf von Häusern in der Neckarstraße entschieden, denn es brauche erst adäquaten Wohnraum woanders. Er sehe da größere Projekte und jetzt solle alles so bleiben, wie es sei.

Stadtrat Bernauer sagt, die Fraktion habe die Sorge, wenn man davon 100.000 € wegnehme, dass dann das Projekt nicht mehr umgesetzt werden könne aber auch nicht wirklich etwas für den Wohnungsbau getan werde.

Stadtrat La Licata fragt, ob diese Änderung für die Planung des Radhauses relevant sei.

Der Bürgermeister erklärt, wenn Mittel an dieser Stelle gekürzt werden, könne das Projekt nicht vorangebracht werden. Man habe abgestimmt, bevor der Auftrag rausging und es werde noch einmal ins Gremium gehen. Man habe keinen Beschluss über das Ausgeben von Geld gefasst. Auch wenn Kosten stiegen, müsse der Gemeinderat neu entscheiden.

Stadtrat Hertel weist auf das Problem hin, nun in einer öffentlichen Sitzung über Diskussionen einer nichtöffentlichen Sitzung zu sprechen. Er könne nicht widersprechen, ohne die Inhalte wiederzugeben. Für das Radhaus hätte es eine preisgünstigere Alternativen gegeben. Nicht nur die SPD sehe bei diesem Radhaus ein Kostenproblem. Laut SWR4 sage auch der ADAC, es sei zu teuer für den Nutzen. Geld hätte man lieber in andere Sachen investieren sollen. Bisher seien in Heilbronn nur 30 Plätze an Dauerparker vergeben, aber als Stadt zehnmal so groß wie Neckargemünd. Das Radhaus sei sicher super und toll, jedoch auch Technik, die kaputtgehen könne. Ohne dieses Gegeneinander würde man etwas Anderes hinbekommen.

Der Bürgermeister betont, es habe in der nichtöffentlichen Sitzung kein Gegeneinander von Radhaus und sozialem Wohnungsbau gegeben.

Stadtrat Fritsch sagt, beim sozialen Wohnungsbau habe man keinen Einfluss, da seien Bund und Land gefordert. Antrag von der SPD finde er sehr gut. Wenn die Stadt Geld übrig habe, dann könne man sich Gedanken über ein Radhaus machen. Sollten Angefangenes erst mal zu Ende bringen. Das Martin-Luther-Haus sei sehr wichtig und werde in Zukunft einiges kosten. Weiterhin kritisiert er, dass ihm nur ein Antrag in Papierform vorliege.

Der Bürgermeister erklärt, nur ein Antrag sei rechtzeitig angekommen und in Papierform verschickt worden. Montags würden Sitzungs-Unterlagen kopiert und verteilt. Wenn die anderen Anträge dann auch noch verschickt werden, komme Kritik, weil die Amtsbotin das verteile. Die anderen Anträge seien per E-Mail gekommen.

Stadtrat Bergsträsser kritisiert, er habe die E-Mail auch nicht bekommen.

Der Bürgermeister erläutert, der Nachteil bei den E-Mails sei, dass man nicht sehe, wer sie alles erhalte. Die Geschäftsstelle des Gemeinderates sollte dies verteilen.

Stadträtin Groesser meint, die Fraktionsvorsitzenden müssten das organisieren.

Der Bürgermeister entgegnet, die Fraktionslosen würden daraus fallen. Die E-Mails seien an die Fraktionsvorsitzenden gegangen und die Verwaltung nur im CC gewesen.

Stadtrat Bergsträsser stellt einen Geschäftsordnungsantrag, dass diese beiden Anträge nicht behandelt werden sollen.

Der Bürgermeister sagt, die Postverteilung sei Sache der Verwaltung. Wenn es nicht darüber gehe, gehe man davon aus, dass es selbst erledigt werde. Er sei dafür, dass beide zugelassen würden.

Der Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Bergsträsser wird mehrheitlich abgelehnt.

3.2.2 Antrag der CDU-Fraktion auf freien Schwimmbadeintritt für die Aktiven in der Feuerwehr

Stadtrat Bernauer stellt den Antrag der CDU zum kostenloser Eintritt ins Freibad für 2023 für Feuerwehr vor.

Der Bürgermeister erklärt, so etwas sei schon Jahre in der Diskussion gewesen, bisher noch nicht umgesetzt, obwohl man die Arbeit der ehrenamtlichen Blaulichtorganisationen sehr schätze. Insgesamt habe man vier Blaulichtorganisationen, wovon die Feuerwehr städtisch sei. Die DLRG bekomme Unterstützung für Schwimmunterricht und Wachdienste. Er finde den Vorschlag charmant und könne sich ein Modell vorstellen, in Absprache mit dem Kommandanten, bei dem man bei einer Teilnahme ab 40% der Einsätze, eine Zehnerkarte bekomme. Es solle nicht gießkannenmäßig einfach an alle verteilt werden. So werde es der Sache gerecht, dass die, die auch am Einsatzgeschehen teilnehmen, etwas bekommen. Es müsse außerdem erst besprochen werden, ob seitens der Feuerwehr Interesse bestehe.

Stadtrat Katzenstein berichtet, bei den Grünen gebe es trotz intensiver Diskussion und rauchender Köpfe, wegen der man schon die Feuerwehr rufen wollte, keine einstimmige Meinung. Die Feuerwehr sei immer bereit und enormer Gefahr ausgesetzt, was dafür spreche. Dagegen spreche, dass man auch an andere Ehrenamtliche denken müssen und nicht Einzelne bevorzugen könne. Wegen der Gleichbehandlung sei es problematisch.

Stadtrat Rothe schließt sich seinen Vorrednern an. Man könne andere Ehrenamtliche nicht herunterfallen lassen. Die Feuerwehr trage zwar die Hauptlast, nichtsdestotrotz wäre es eine Ungleichbehandlung. Für langjährige Ehrenamtliche gebe es bereits die Ehrung, bei der man noch eine Zehnerkarte dazugeben könnte.

Stadtrat La Licata hält den Vorschlag für charmant. Er sehe aber Probleme beim Gleichheitsgedanken und dem Sachzusammenhang. Dem Vorschlag des Bürgermeisters würde er zustimmen und empfiehlt, den Förderverein der Feuerwehr zu unterstützen.

Stadtrat Schimpf sagt, Gleichbehandlung sei auch sein Stichwort. Da müsse noch nachgearbeitet werden. Die Idee mit Zehnerkarten, welche auch Partnerinnen oder Partner benutzen könnten, finde er gut. Die Vergleichbarkeit sei nicht bei allen Blaulichtorganisationen gegeben.

Stadtrat Bernauer meint, die CDU möchten sich auch offen für andere Organisationen zeigen. Es richtet sich nun in erster Linie an Feuerwehr wegen den vielen Einsätzen. Bei der Idee des Bürgermeisters sei die Quote weniger sinnvoll. Es gebe auch Hintergrundarbeit, nicht nur Einsätze. Dies wolle man nicht ausschließen.

Stadträtin Schlüchtermann weist darauf hin, dass die Feuerwehr dann zum Einsatz gerufen werde, wenn sie z.B. gerade mit der eigenen Familie beschäftigt seien. Daher könnte man auch einen Tag für die Familien organisieren, sodass nicht nur die Feuerwehr bedacht werde, sondern auch die Familien.

Stadtrat Fritsch bezeichnet die Feuerwehr als die Elite bei den Einsätzen und hält es sehr mutig von der CDU, dass sie diese Idee in den Raum werfen. Alle anderen Organisationen hätten neue Gebäude. Der Vorschlag sei daher zu überdenken.

Stadtrat Hertel findet die Idee auch anderen Verdienten eine Art Dankeschön zu geben super. Da er keine Ahnung habe, ob jeder schwimmen will, solle einen Katalog erstellt werden, aus dem dann ausgewählt werden könne, was man wolle.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass die CDU den Antrag zurücknimmt und die Verwaltung beauftragt wird, mit der Feuerwehr eine Lösung zu finden und dies dem Gremium vorlegt. Das könne dann auch erweitert werden.

Stadtrat Bernauer fragt, ob es auch bis zum Saisonstart 2023 erledigt werde.

Der Bürgermeister bestätigt dies und Stadtrat Bernauer stimmt zu.

3.2.3 Antrag der Grünen-Fraktion, für ein städtisches Förderprogramm für Stecker- bzw. Balkonsolaranlagen 15.000 €

Stadtrat Katzenstein stellt einen erneuten Antrag auf Förderung für Balkonsolaranlagen vor, den man bei der Haushaltsklausur vorgestellt habe. Als Kompromiss möchte man nun 15.000 € dafür zur Verfügung stellen. Andere Kommunen hätten bereits entsprechende Programm aufgelegt und alle müssten unabhängiger von fossiler Energie werden. Nicht jeder könne sich eine PV-Anlage aufs Dach schnallen und diese Anlage komme einfach auf den Balkon und liege preislich bei knapp über 1000€. Bei guter Ausrichtung bringe eine Anlage so viel wie zwölf Buchen. Es werde auch Mitnahmeeffekt geben, aber das könne man aushalten. Über Modalitäten solle später gesprochen werden, nun gehe es nur um die Einstellung in den Haushalt.

Stadtrat Hertel sagt, seitens der SPD-Fraktion werde der Antrag unterstützt. Er sehe aus technischer Sicht ein Problem, da die Anlagen großen Einsatz der Benutzer

verlangen, wenn sie was bringen sollen. Der Strom könne nicht ins Netz gegeben werden und man spare nur, wenn der Strom sofort genutzt werde. Es bringe nichts, wenn man nur spart, weil der Stand-by-Betrag so hoch sei.

Stadtrat La Licata unterstützt den Antrag und hat Fragen, da ihm dieser Antrag nicht zugeschickt worden sei. Er fragt nach Aussehen, Zielgruppe und ob es einem den Balkon verbaue.

Der Bürgermeister antwortet, 600 Watt würden erbracht, die CO₂-Bilanz stimme solange man die Produktion nicht betrachte. Die Installation sei auch bei einer Ausrichtung in Richtung Osten, Norden oder Westen möglich.

Stadtrat Bernauer meint der Kosten-Nutzen-Faktor sei im Vergleich zu einer PV-Anlage eher gering. Geld lande mit der Förderung bei denen, die das Geld hätten und daher werde man unterschiedlich abstimmen.

Stadtrat Rehberger sagt, auch bei den Freien Wählern gebe es keine einheitliche Meinung. Er sehe den Nutzen nicht, dies mit städtischem Geld zu unterstützen. Wer sich das Teil kaufen wolle, tue auch so. Zur Aussage, man sehe es nicht, weist er auf den Batzenhäuselweg hin, wo Solaranlagen und Spiegel für Fernsehen nicht wirklich schön aussehen. Die 600 Watt würden das Klima nicht nachhaltig verbessern.

Der Bürgermeister kündigt an, den Antrag abzulehnen, weil es eine freiwillige Leistung sei. Man überlege schon bei Pflichtleistungen, ob gespart werden könne. Man brauchen Personen mit Geld nicht unterstützen. Er sehe nicht ein, denen das Geld hinterherzuwerfen. Das alte Rentnerehepaar, dass es wirklich bräuchte, würde er eher zu unterstützen. Dies richte sich nicht gegen Solaranlagen oder deren Optik.

Stadtrat Rothe weist darauf hin, dass die 15.000 € für eine Anschubfinanzierung zu gering seien. Bei einer Förderung von nur 100 € könne man auch darauf verzichten und hätte den gleichen Effekt.

Stadtrat Katzenstein geht auf die gestellten Fragen ein. Die Art der Anbringung hänge von den lokalen Gegebenheiten ab. Im Antrag handle es sich nur um die Gesamtsumme, welche konkrete Einzelförderung es werde, stehe noch nicht fest. Dies solle erst später entschieden werden. Dabei könne man sich an anderen orientieren. Eine einzelne Anlage bringe nicht viel, aber in der Summe habe man den Effekt wie beim Mülltrennen.

Stadtrat La Licata sieht in der Förderung eine Motivation für die Menschen und einen Werbeeffekt. Er selbst habe schon Dinge gekauft, weil sie um 5% reduziert waren.

Stadtrat Fritsch meint, es sei gut angedacht. Bund und Land hätten sie das Ziel mit der Klimaneutralität gesetzt. Er wolle das Klima retten, aber nicht so.

Der Bürgermeister fasst zusammen, dass mit dem Beschluss 15.000 € in den Haushalt eingestellt und später die Modalitäten geklärt werden sollen.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet über die Aufnahme der Anträge in den Haushalt 2023.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den als Planungsrate für eine große Fahrradabstellanlage („Radhaus“) vorgesehenen Ansatz von 300.000 € auf 200.000 € zu kürzen und die 100.000 € einem Haushaltstitel „Bezahlbarer Wohnraum“ zuzuführen, wird mehrheitlich bei 5 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf freien Schwimmbadeintritt für die Aktiven in der Feuerwehr wird dahingehend abgewandelt, dass die Verwaltung beauftragt wird, gemeinsam mit dem Feuerwehrkommandanten ein Modell zu erarbeiten, das eine Gleichbehandlung für die unterschiedlichen Arten des entspr. ehrenamtlichen Engagements ermöglicht, und dieses noch vor Beginn der Schwimmbadsaison erneut im Gremium vorzulegen.

Der Antrag der Grünen-Fraktion, für ein städtisches Förderprogramm für Stecker- bzw. Balkonsolaranlagen 15.000 € im Haushalt einzustellen, wird mehrheitlich bei 11 Ja-, 10 Nein-Stimmen, Rest Enthaltungen angenommen. Die Förderbedingungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt definiert werden.

4: **Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Konrad sagt für die Grünen:

„Einladung zur ARCHIKON, Hauptfachkongress der BaWü-Architekten

Mit dem Titel: ARBEIT – LEBEN – ORTE | Wenn Arbeit sich ändert, ändern sich Orte

Zitate:

Markus Weissmann, Landesvorstand AKBW: „Der notwendige Wandel zu einem nachhaltigeren Wirtschaften zeigt, dass wir den tiefgreifenden Strukturwandel vernetzt auf allen Maßstäben unserer gebauten Umwelt denken müssen. [...]“

- Architekten sprechen über Veränderung in Stadt und Land, über Arbeit, Energie und Gesellschaft. Ein „Weiter so“ ist undenkbar. Unsere Gesellschaft wandelt sich – und muss sich wandeln.*
- Transformation aller Lebensbereiche, das klingt groß und das ist es auch. Aber anders als die Revolution, die alles Dagewesene hinter sich lässt und neu formt, kann die Transformation ein integrativer Prozess sein. Wir können behutsam fragen: Was ist gut? Was funktioniert? Was müssen wir anders und besser machen?*

Warum redet der hier über Transformation? Wir sind doch beim Haushalt in Neckargemünd, was hat das eine denn bitte mit dem anderen zu tun? Viel. Der Haushaltsplan zeigt sehr detailliert auf, wofür wir uns interessieren, was wir planen und tun. Was wir beibehalten und was wir zukünftig weglassen. Man könnte sagen: Der Haushalt ist ein Transformationsindikator, eine Anzeige, wie viel Wandel wir zulassen. Und – ich nehme es gleich mal vorweg: Nie war ein Haushalt stärker von transformativen Ansätzen geprägt wie dieser.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg*innen, sehr geehrter Herr Möhrle, Neckargemünd wandelt sich. Kernstadt und Ortsteile strukturieren sich neu. Wir können das über uns ergehen lassen oder wir können mitgestalten und es freut mich, dass wir uns in vielerlei Fragen immer wieder und öfters für das Mitgestalten entscheiden. Als allererstes und mit besonderer Freude möchten wir hervorheben,*

*dass die Stadt viele neue hochmotivierte Menschen in ihren Reihen hat. Allem opportunistischen Beamtenbashing zum Trotz sehen wir hier Leute, die wirklich Bock haben auf Veränderung, die sich mit guten Ideen, aber auch mit Bedacht und Fachkenntnis einbringen. Dieses positive Mindset müssen wir unterstützen und erhalten, meine lieben Kolleg*innen. Zu oft sitzen wir hier nämlich und erzählen uns gegenseitig, was alles nicht geht.*

*Die Gebäudesanierung wird planvoll angegangen, besonders hervorheben möchten wir die überfällige geplante PV-Anlage auf dem Rathaus, die geplante Anlage im Freibad/Stadion und die Planungen in Mückenloch. Die Stadt hat hier eine Vorbildfunktion und die lokale Energieerzeugung wird uns in Zukunft entlasten. Außerdem eine erfreuliche Entwicklung: Die Investitionen in die Villa Menzer, die im Rahmen des FREIRÄUME-Projekts nun hoffentlich bald in eine breitere Nutzung kommen wird. Wir investieren in Schulen, in KiTas, in Kindergärten (z.B. in den Erwerb und somit die Sicherung des KiGas Rumpelstilzchen) und in die Hortinfrastruktur. Außerdem in die Musikschule und die Volkshochschule. Wir haben die Glasfaser mit Priorität in die Schulen gebracht. Die Position Neckargemünds als Bildungsstandort ist wertvoll und erhaltenswert. Gut so und weiter so. Und – trotz aller grünen Bedenken, die wir hier vorgetragen haben: Das Mensa-Essen schmeckt und wird gut angenommen, bei einer weit besseren ökologischen Arbeitsweise, als wir es bis vor kurzem dachten. Mit dem Radhaus am Rathaus wird der Radverkehr gestärkt und es entsteht ein Anreiz für Pendler*innen das Auto stehen zu lassen und die Kombination aus Fahrrad/E-Bike und ÖPNV zu nutzen, ohne sich Sorgen über das wertvolle Rad machen zu müssen.*

Der Ausbau der Glasfaser kommt spät, aber er kommt und wir können nur alle Menschen ermutigen diese Kostenhürde mutig zu nehmen: Neue Online-Dienste und Infrastrukturen werden die Bandbreite schon bald als Standard voraussetzen und die Skalierbarkeit dieser neuen Infrastruktur hin zu noch höherer Leistung ist gewährleistet. Von Kupfer auf Licht.

Wir sehen, dass Förderprogramme strukturiert analysiert und für unsere Zwecke geprüft werden. Das ist gut und wichtig, denn wir brauchen diese Gelder als finanzschwache Kommune dringend. Finanzschwach sind wir zwar, aber unsere Schulden halten sich in Grenzen und wurden in den vergangenen Jahren sogar abgebaut. Dringend notwendige Investitionen müssen nun angeschoben vorangetrieben werden, denn, wenn wir von der Substanz leben, dann haben wir die Schulden lediglich verkleidet, vergrößert und in die Zukunft verschoben.

Bei allen positiven Ansätzen, die wir aus den Haushaltspapieren ableiten: Es gibt auch Grund zur Skepsis: Ich bin selbst Architekt und ich weiß deshalb nur zu gut: Pläne sind Pläne. Die Umsetzung ist etwas anderes. Pläne sparen kein CO₂, Pläne bringen kein Geld in die Kasse und schaffen keine Attraktion in der Stadt. Wir müssen in die Umsetzung, und zwar in allen Bereichen. Wir haben 2022 eine aktualisierte Form des Klimaschutzleitbildes verabschiedet. Das Leitbild ist so etwas wie eine Zieldefinition. Aber zum Ziel gehört ein Umsetzungspfad. Zum Pfad gehört eine Pfadkontrolle. Beides ist erst in Planung (Klimaschutzkonzept und der European Energy Award).

Ebenso die kommunale Wärmeplanung... Pläne eben. Gut, aber eben noch nichts gewonnen oder gespart. Wir zahlen fast 1 Millionen € mehr für gestiegene Energiekosten. Jede Sanierung, die wir bis jetzt nicht durchgeführt haben, rächt sich nun bitterlich und die Jahre des Sparens und Aufschiebens kosten uns jetzt – und in

Zukunft – teures Geld. Jede Fotovoltaik-Anlage, die jetzt noch nicht steht, und die unseren Eigenbedarf mit deckt, die schmerzt. Jetzt sind die Zeiten schwierig, denn nun hat auch der oder die Letzte bemerkt, dass erneuerbare Energien nicht nur ein ökologisches Hobby sind, sondern eine dringende Notwendigkeit und ein lukratives Geschäft.

Wir haben einige schöne Vorzeigeprojekte. Ein paar E-Autos und Ladesäulen, eine Passivhausschule, einen Passivhauskindergarten. Schön und gut. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Stadt mit ihren Gebäuden, ihrer Mobilitätspolitik gerade erst am Anfang eines großen langwierigen Umbaus steht. Wir werden hier künftig wesentlich mehr investieren müssen, nicht zuletzt in die Sanierung unserer Gebäude. Warum wird der Wille des Gemeinderats endlich konsequent Photovoltaik in städtischen Liegenschaften zuzubauen erst 3 Jahre nach dem Beschluss planerisch umgesetzt (vom konkreten Anlagenbau reden wir ja längst noch nicht)? Wir haben uns hier im Rat selbst beklatscht für 200.000 € jährlich und ein geplantes Volumen von 600.000 € über drei Jahre. Mal abgesehen davon, dass diese Beträge ohnehin nicht ausreichen, um das Potential der städtischen Liegenschaften allein zu heben: Wir haben bislang keinen Cent davon ausgeben.

Im Gespräch mit unserem Klimaschutzbeirat haben wir im Herbst erneut aufgezeigt bekommen, dass Klimaschutz in der Fläche umgesetzt werden muss. Schön, dass eine Förderung für die Balkonsolaranlagen heute auf der Tagesordnung stand. Unverständlich jedoch, dass ein Klimaschutz-Sofort-Programm für einfach umzusetzende Einsparungen kategorisch abgelehnt wurde, obwohl der Klimaschutzbeirat dies ergänzend empfohlen hat.

Der Fußverkehrscheck hat gezeigt: Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Radwege sind lange geplant aber mit der Umsetzung hapert es bislang. Zurecht steht Herr Grewe immer wieder in der Bürgerfragestunde und mahnt uns. Die Stadt Neckargemünd hat einen Preis erhalten für Familienfreundlichkeit. Warum zögern wir mit der Umsetzung der Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Grundschulen?

Warum haben unsere Jugendlichen keinen Ort zum Chillen, an dem sie willkommen sind und der etwas zu bieten hat? Immerhin, unser Antrag, den Menzerpark-Spielplatz im Zuge des FREIRAUMProjekts attraktiver zu planen, stieß hier auf Zustimmung. Wir reden seit Jahrzehnten über Sozialwohnungen, aber dabei darf es doch nicht bleiben. Wir wollen eine diverse Gesellschaft und Teilhabe durch alle Schichten. Dafür muss man umfangreich investieren. Für die Haushaltsberatung haben wir Ideen eingebracht zu Pop-Up-Stores und einer Stärkung des Marktbetriebs. Die Stadtverwaltung hat hier in Kooperation mit dem Gewerbeverein sinngemäß gesagt: „Wir sind dran.“ Auf unsere konkreten Vorschläge wurde nicht eingegangen. Jetzt hoffen wir im Sinne aller Gewerbetreibenden hier am Ort, dass Sie liefern werden. Wir jedenfalls sind überzeugt: Eine lebendige Stadt braucht eine lebendige Wirtschaft. Und den Schwung (und das Geld) einbringen – das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Auf das Ratsinformationssystem – eine sinnvolle Digitalisierungsmaßnahme, die allen Beteiligten auf lange Sicht das Leben erleichtert – warten wir nun 8 Jahre. Im Haushalt steht es seitdem fast jedes Jahr. Bei aller Euphorie über die anfangs zitierten Projekte: Projekte wollen umgesetzt werden, Pläne sollen Wirklichkeit werden.

Bürgermeister Volk richtete in seiner Rede zur Haushaltseinbringung den Blick nach außen: Bund und Länder hätten als Besteller hier die Pflicht, die finanziellen Mittel bereit zu stellen. Es ist wichtig und richtig Missstände zu benennen und dagegen

vorzugehen. Das darf jedoch nicht als Ausrede dienen, um Reformen und transformative Prozesse hier vor Ort liegen zu lassen. Es ist enorm schwierig und die Widrigkeiten sind groß. Und trotzdem müssen wir es angehen, denn jede Maßnahme, die wir verschleppen, wird uns verfolgen und wir werden uns dafür rechtfertigen müssen.

Wir nehmen in diesem Jahr neue Schulden auf, weil wir in die Zukunft investieren. Weil wir in unsere Kinder und deren Lebensgrundlagen investieren. Das ist mutig, dabei kann man Fehler machen und scheitern. Also: lassen sie uns mutig scheitern. Heiter scheitern und die Dinge gemeinsam besser machen.

*Die gute Nachricht: Wir sind in diesem Transformationsprozess nicht allein und profitieren vom Wandel: Die Einnahmen aus den Gewerbesteuern entlasten die Stadt enorm. Wir haben hier einen motivierten Gewerbeverein und Gewerbetreibende, die mit neuen Ideen hier ankommen. Wir Grüne sehen große Chancen in der fortschreitenden Digitalisierung, denn sie hat das Potential uns die Arbeitsplätze wieder in die Stadt zu bringen. Jeden Tag fahren Menschen von ihrem Haus am Wald aus Neckargemünd und den Ortsteilen dutzende Kilometer an den Arbeitsplatz. Abends kommen alle müde und abgekämpft wieder. Dazwischen: Volle Straßen und Bahnen, Hektik und Stress. Was, wenn wir Büroarbeitsplätze vor Ort anbieten könnten? Was, wenn dies dazu führen würde, dass Menschen ihre Mittagspausen in der Stadt verbringen? Was, wenn Meetings und Kolleg*innentreffs sich in unseren Restaurants und Cafés etablieren? Was, wenn durch die Laufkundschaft Kernstadt und Ortsteile neue Belebung erfahren? Was wenn das neue Geschäftsmodelle und Kleingewerbe anlockt?*

Ich komme noch einmal auf die ArchiKON zurück:

Ricarda Pätzold, Deutsches Institut für Urbanistik in Berlin: „Eine zukunftsfähige Innenstadt ist eine multifunktionale Innenstadt. Dafür werden Raumangebote für Manufakturen, Handwerk und Kreative gebraucht.“

Lassen sie uns Dinge ausprobieren! Lassen Sie uns die Transformation gestalten, statt unvermeidbaren Wandel nur zu verwalten. Es könnte gut werden. Gezögert haben wir lange genug.

Wie in jedem Jahr hat uns die Stadtverwaltung einen Entwurf für den kommunalen Haushalt

*vorgelegt, in den die Leitungsebene, insbesondere Herr Möhrle, aber auch die anderen FBLeiter*innen und Bürgermeister Volk viel Arbeit hineingesteckt haben.*

Dafür herzlichen Dank!

Wir werden diesem Haushalt gerne zustimmen.“

Für die Freien Wähler spricht Stadtrat Rehberger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Volk,

werte Kolleginnen und Kollegen

sehr geehrte Damen und Herren,

es wiederholt sich jedes Jahr aufs Neue, wenn es um den Ergebnishaushalt geht. Auch im Jahr 2023 schließt der vorgelegte Haushaltsplan wieder mit einem satten Defizit von knapp Euro Mio. 2,9 ab.

Trotz einer sparsamen Haushaltsführung mit einer Reduzierung der Ausgaben auf der einen Seite sowie der Erhöhung der Einnahmen auf der anderen Seite gelingt es uns erneut nicht den Ergebnis Haushalt auszugleichen, geschweige denn die

erforderlichen Mittel zur Tilgung der Verbindlichkeiten zu erwirtschaften. In der von den Freien Wählern initiierten Haushaltsstrukturkommission wurden viele Lösungsansätze erarbeitet, die zwar in die richtige Richtung weisen aber der große Wurf ist noch nicht gelungen.

Jetzt kann natürlich ein Außenstehender leicht argumentieren der Bürgermeister, die Verwaltung und der Gemeinderat sind nicht in der Lage anständig zu wirtschaften, um den Haushalt auszugleichen.

Aber so einfach ist die Sachlage nicht meine Damen und Herren. Zum einen haben wir tatsächlich ein strukturelles Problem. Wir unterhalten in Neckargemünd drei Grundschulen, ein Gymnasium und eine Realschule, auch für alle Nachbargemeinden. Des Weiteren leisten wir uns insgesamt 13 Kindergärten. Auf diese Vielfalt an Kinderbetreuungseinrichtungen sind wir zu Recht stolz. Hinzu kommen sechs Friedhöfe, vier Feuerwehren und fünf Sporthallen, um nur einige Besonderheiten von Neckargemünd zu nennen.

Zum anderen sehen wir das Hauptproblem aber im neuen, kommunalen Haushaltsrecht, welches vorschreibt, dass jede Kommune die Abschreibungen, die sich bei uns auf ca. Euro Mio. 3 beziffern lassen, verdienen muss, um so den Ressourcenverbrauch nicht auf die nachfolgenden Generationen zu verlagern. Prinzipiell wichtig und richtig. Aber ich frage mich: kann es angehen, dass die Abschreibungen, die Jahrzehnte in der Kameralistik zwar aufgeführt wurden, aber dann quasi nur als Merkposten durchgebucht wurden, nach dem neuen Recht Ergebnisrelevant sind? Eine Kommune ist nicht wie ein Wirtschaftsunternehmen auf Gewinnmaximierung ausgelegt, sondern ist der Daseinsvorsorge ihrer Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Nach unserer Auffassung muss die Politik im Bund und Land genau hier nachsteuern und Wege aufzeigen wie die Kommunen landauf, landab diesem Dilemma entkommen können.

Bei den Steuereinnahmen gibt es in diesem Jahr eine deutliche Erhöhung von insgesamt Euro Mio. 1,4. Dies resultiert aus höherer Gewerbesteuer, die sich bei uns auf viele Schultern verteilt und höheren Einkommenssteueranteilen. Da sich bei den Schlüsselzuweisungen die Pauschale pro Einwohner erhöht hat, können wir auch hier mit weiteren Einnahmen rechnen. Positiv wirkt sich auch aus, dass wir unsere Gebührensatzungen nun immer zeitnah anpassen. Wenn man bei den Personalausgaben die zu erwartende Tarifierhöhung mit einpreist, erhöhen sich diese unterdurchschnittlich. Natürlich schlagen auch die explodierenden Energiepreise bei uns unerbittlich zu und führen zu einer Vordoppelung auf ca. Euro Mio. 2. Die Finanzausgleichsumlage sowie die Kreisumlage liegen leicht unter den Beträgen für das Jahr 2022.

Beim Finanzhaushalt sind in diesem Jahr Ausgaben von insgesamt Euro Mio. 4,6 geplant. Darin sind Euro Mio. 2,4 für Baumaßnahmen enthalten. Für den Erwerb die Martin-Luther-Hauses und des Gebäudes des Kindergartens Rumpelstilzchen zusammen Euro Mio. 1,1. Gerade der Kauf des Martin-Luther-Hauses ist für uns eine Herzensangelegenheit, um für unsere Bevölkerung, vor allem in der Kernstadt, eine Versammlungsstätte zu schaffen, die dann zusammen mit der Villa Menzer attraktive Räume für Vereine, Gruppen und Privatpersonen bereithält. Dies eröffnet für alle ganz neue Perspektiven. Dass dies nicht zum Nulltarif für die potentiellen Nutzer erfolgen kann, ist für uns selbstverständlich. Auch der Ankauf des Gebäudes des Kindergartens

Rumpelstilzchen ist für uns alternativlos, da wir jeden Betreuungsplatz in unserer Stadt benötigen und das dortige pädagogische Konzept schätzen.

Auch die Ausgaben für unsere Feuerwehr sind unabdingbar, ob es nun um die Ersatzbeschaffung zweier Fahrzeuge für die Abteilungen Mückenloch und Neckargemünd geht oder die Fortführung der Planung des Feuerwehrhauses in Dilsberg. Die Unterhaltung einer Feuerwehr gehört zu den Pflichtaufgaben einer Gemeinde und die adäquate Ausrüstung der Wehren garantiert die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

In diesem Zusammenhang sind auch die Ausgaben für die zehn Sirenen für das gesamte Stadtgebiet zu sehen. Außerdem sind über mehrere Haushaltspositionen verteilt insgesamt ca. Euro Mio. 1,5 für den Klimaschutz bereitgestellt. Hierzu gehören unter anderem die Errichtung einer Photovoltaik Anlage beim Stadion, eine weitere Großanlage soll, nach Genehmigung, auf der ehemaligen Deponie in Mückenloch entstehen. Dazu soll ein Parkhaus für Fahrräder gegenüber dem Rathaus entstehen. Für dieses Projekt über insgesamt ca. Euro 300.000,-- sind Förderungen in Höhe von 85% zu erwarten.

Alle diese Maßnahmen müssen durch Kreditaufnahmen, Entnahmen aus den Rücklagen sowie mit Zuschüssen finanziert werden. Das heißt kein einziger Euro wird hierfür im laufenden Jahr erwirtschaftet. Daher verbietet es sich für uns in diesem Jahr eigene Haushaltsanträge zu stellen, um den Haushaltssituation nicht weiter zu verschärfen. Die Nettokreditaufnahme beträgt Euro 971.000,--. Sofern alle geplanten Maßnahmen umgesetzt werden sollten, wird sich der Schuldenstand zum Jahresende auf Euro Mio. 5,9 belaufen. Ich möchte es hier einmal ganz deutlich sagen: bei einem städtischen Gesamtvermögen von über Euro Mio. 100 sind wir von einer Überschuldung, wie oftmals kolportiert wird, weit entfernt. Es gaben Zeiten da belief sich der Schuldenstand der Stadt auf über Euro Mio. 12. Das dies nicht mehr so ist, ist den gemeinsamen Anstrengungen des Bürgermeisters der Verwaltung und des Gemeinderates zu verdanken.

Trotz der geplanten Rücklagenentnahme verbleiben immer noch Euro Mio. 6,6 an liquiden Mittel in unserer Kasse und somit sind diese höher als unsere Verbindlichkeiten. Da auch dieser Haushaltsplan nach dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip aufgestellt wurde und zudem erfahrungsgemäß nicht alle Maßnahmen umgesetzt werden, können wir davon ausgehen, dass das Jahr 2023 am Ende besser abschneiden wird als im Plan ausgewiesen. Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushaltsplan 2023 in der vorgelegten Form zu und bedankt sich bei Bürgermeister Volk, dem Kämmerer, Herrn Möhrle, seinem Stellvertreter, Herrn Jakob sowie allen, die bei der Aufstellung des Planes mitgewirkt haben.“

Es folgt die Rede der CDU von Stadtrat Bernauer:

*„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Volk,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
schon seit längerem – in letzter Zeit vermehrt – wird Kritik aus den Ortsteilen laut, was die finanziellen, aber auch Gleichbehandlung an Zuwendungen angeht. Wir sind überzeugt, dass es gilt, Kernstadt und Ortsteile wieder gemeinsam zu betrachten und die Belange gleichwertig zu bemessen.*

Beginnen möchte ich diese Rede daher diesmal mit dem Blick Dilsberg. Nach seinem langen Werdegang sollen nun endlich die Pläne für das Feuerwehrhaus aktualisiert, konkretisiert und umgesetzt werden. Ein guter Zeitpunkt, um das gesamte Projekt an die zeitgemäßen Begebenheiten, Herausforderungen und die Art zu Bauen anzupassen. Ich denke, wir sind alle überzeugt, dass es einer optimalen Ausstattung, Größe und Lage bedarf. Mit den bereitgestellten 20.000€ für die Bauleitplanung hoffen wir, diese Fragen noch einmal aufwerfen und zu einem breiten Konsens kommen zu können. Längst überfällig und daher besonders erfreulich: Endlich soll die Feste eine Toilettenanlage erhalten. Schon seit Jahren drängt der Ortschaftsrat darauf – nicht nur für die Besucher der Feste und von Veranstaltungen, sondern vor allem auch zum Wohl der Anwohnerinnen und Anwohner, welche nicht selten für das Fehlen von Sanitäranlagen unfreiwillig Ihre Vorgärten missbraucht wussten. Dieser untragbare Zustand hat Kultur, Leben und Tourismus hier viel zu lange eingeschränkt. Für den Spielplatz im Dilsberger Hof haben wir in diesem Jahr 15.000€ eingeplant. Unserer Auszeichnung als besonders familienfreundliche Kommune tragen wir nur zu gerne Rechnung.

Ich blicke nun nach Mückenloch. Auch hier stehen Investitionen für unsere jungen und jüngsten Einwohnerinnen und Einwohner an. So sind im Rahmen des Digitalpaktes 17.000€ und für das Gesamtenergiekonzept des Kindergartens 10.000€ vorgesehen. Auch im Bereich der erneuerbaren Energien soll sich einiges bewegen. Für den PV-Park werden wir 40.000€ für die Bauleitplanung bereitstellen. Und nicht zuletzt stehen 20.000€ für das 750-Jahr-Jubiläum im Plan. Wir freuen uns schon alle sehr auf die Festlichkeiten und besonders darüber, dass hiermit ein größeres Budget in einen Ortsteil fließt.

Und nun zum dritten im Bunde: Waldhilsbach. Es soll in diverse Arbeiten am Kindergarten, darunter eine Zaunanlage zum Bach, investiert werden und auch für den Spielplatz Eulenscheich stehen 10.000€ bereit. Investiert wird auch in eine Brandschutztür im Schul- und Rathaus.

Dass neben den Investivmitteln natürlich auch hohe Summen in den Hochwasserschutz, den Erhalt der Infrastruktur mit Straßen etc. und den ÖPNV – um nur einige Positionen zu nennen – fließen, sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben.

Von den Ortsteilen komme ich nun zu übergreifenden städtischen Belangen: Für den Brandschutz stehen auch in diesem Jahr wieder hohe Summen bereit. Von der Schlauchwaschanlage bis zu neuen Fahrzeugen (auch für Mückenloch) haben wir für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger über 500.000€ eingeplant. Einen – aus unserer Sicht – sehr hohen Anteil erhalten in diesem Jahr die technischen Dienste. Wir schätzen die Arbeit von Bauhof und Gärtnerei sehr und unterstützen daher eine angepasste Ausstattung, jedoch möchten wir uns an dieser Stelle nochmals klar und deutlich dagegen aussprechen, dass die Stadtverwaltung die Strategie verfolgt, jedes handwerkliche Gewerk personell vorzuhalten. Abgesehen von Personalkosten fallen hohe Folgekosten, wie z.B. Einsatzfahrzeuge, spezifischen Maschinen, Werkzeuge, etc. an. Nicht nur müssen diese angeschafft werden, es bedarf auch der Einarbeitung und fachspezifischen Fortbildung, die ihrerseits Geld kosten und zeitliche Ressourcen binden. Im Haushalt sind hierfür – ohne die Personalausgaben zu berücksichtigen – über 400.000€ angesetzt. Ja, wir sehen den Vorteil in der heutigen Zeit auf eigenes Personal zugreifen zu können, aber auch angestellte Handwerker gehen in Urlaub,

werden krank oder sind eben auf Fortbildung. Und last but not least hat die Stadt – leider – bei den allermeisten Projekten, bei denen städtische Eigenleistungen erbracht werden, keinen Anspruch auf Fördermittel für diese.

Kommen wir nun zu erfreulicheren Investitionen, den Maßnahmen zum Umweltschutz: Über 550.000€ werden in Maßnahmen, die auf den Umweltschutz wirken – darunter diverse PV-Anlagen – investiert. Dazu kommen noch indirekte Faktoren, wie Job-Tickets für die städtischen Bediensteten, Maßnahmen des Fußverkehrs, der Ausbau des Radverkehrs und mehr. Am Beispiel des Freibades setzen wir als CDU explizit auf die zeitnahe Ertüchtigung der Dachflächen für PV-Anlagen, auch um den energetisch kostenintensiven Betrieb des Freibades auf lange Sicht sichern zu können.

In der Kernstadt stehen einige Projekte an, über welche wir in der Fraktion schon viel gesprochen haben. So sehen wir der Neuplanung des Hanfmarktes einerseits freudig und gespannt entgegen, möchten uns aber schon jetzt ganz klar für eine Planung mit Bedacht und unter Einbeziehung der ansässigen Geschäfte aussprechen. Sollte mit der Überplanung ein weiterer Wegfall von Parkplätzen ohne Ausgleich in unmittelbarer Nähe zu den Geschäften einhergehen, hielten wir das aus Erfahrung für nicht trag und vor allem auch nicht hinnehmbar. Dabei sollten wir auch nicht vergessen, dass unsere Gewerbesteuererinnahmen mit in diesem Jahr 3,25 Mio. € einen essenziellen Anteil unseres Haushaltes ausmachen und wir uns, wie wir es jedes Jahr fordern, weit mehr um die Unterstützung des Gewerbes in unserer Stadt kümmern müssen.

Der Glasfaserausbau geht in die nächste Phase. Jetzt wird es wichtig, dass wir offen und direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren, damit wir die zur Ausführung erforderliche Quote erreichen.

Ein leider unerfreuliches Thema sind Investitionen in nicht unerheblicher Höhe, welche wir in längst fertiggestellte städtische Bauten investieren. Die Erneuerung der Folie im Naturbecken mit 130.000€, eine nachträglich zu errichtende – nicht bedachte – Zwangsbelüftung am Pellet Lager mit 20.000€, sowie immense Nachbesserungen am Schulzentrum sind einige Beispiele.

An dieser Stelle wird wieder einmal deutlich, wie wichtig eine entsprechende Baubegleitung ist. Selbstverständlich muss sich die Stadt als Auftraggeber hier auf die entsprechenden Fachleute, Planer und Unternehmen verlassen können. Eigentlich – wie die Realität zeigt, kann man dann aber auch verlassen sein. Wir bitten die Verwaltung, uns Vorschläge zu machen, wie wir zukünftige Baubegleitungen und -abnahmen besser absichern können. Dieser Haushalt macht einmal mehr deutlich, dass dies nötig ist und sich im wahrsten Sinne rechnet.

Doch nicht nur nachträglich anfallende Probleme schlagen zu Buche. Aktuell anstehende Projekte zeigen, dass zwischen Planung und Umsetzung manchmal Welten liegen können. Unsere Sirenen – welche wir für den Bevölkerungsschutz als unabdingbar erachten – sind ein wunderbares Beispiel. Einer ersten Prognose zufolge sollten sie 130.000€ kosten, es folgte eine zweite mit 250.000€ und letztlich eine Vergabe bei über 320.000€. Diese Entwicklung lässt manchen sprachlos zurück. Über vermeidbare Kosten für die provisorische Zeltgarage, die Schimmelsanierung und weiteres beim Feuerwehrhaus Dilsberg muss man sich ebenso ärgern.

Als Folge all dieser Erfahrungen möchten wir appellieren, neue Großprojekte genauer zu betrachten. Der mögliche Kauf des Martin-Luther-Hauses ist ein solcher Punkt, der

auch unsere Fraktion nach wie vor umtreibt. Wir sehen die Notwendigkeit, den einzigen Veranstaltungsort für Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Kulturschaffende zu erhalten. Wir müssen uns vor dem Kauf über die notwendigen Investitionen, die über den Kaufpreis hinweg für umfassende Sanierungsmaßnahmen entstehen werden, auseinandersetzen. Dabei sollten, nein müssen wir uns einen Rahmen setzen. Das Vorhaben muss tragbar sein, sowohl finanziell als auch personell bei dessen Betreuung.

Für den Fall eines Kaufes bleibt uns die Hoffnung, zumindest einen Teil der Kosten endlich durch den Verkauf der griechischen Weinstube gegenfinanzieren zu können. Ein Projekt, dem wir uns an dieser Stelle klar entgegenstellen möchten, ist das „Radhaus am Rathaus“ in seiner derzeit geplanten Ausführung. Eine Abstellanlage an dieser Stelle unterstützen wir ganz klar, jedoch sehen wir die Größe und vor allem die eingestellten Mittel von 300.000€ als absolut unverhältnismäßig an.

Nach all den kritischen Worten ist es uns wichtig, an dieser Stelle dem Team im Fachbereich Bau und Immobilien unseren besonderen Dank und auch unser Vertrauen auszusprechen. Wir sehen, wie sehr Sie sich einbringen und wissen das sehr zu schätzen.

Als Grundlage für unsere nächsten Haushaltsberatungen, unsere nächsten Vorhaben, unsere nächsten Investitionen, regen wir eine andere, eine neue Herangehensweise an. Wir schlagen eine oder mehrere ausgiebige Aussprachen vor, die das Ziel haben sollen, nicht über Einzelpositionen zu sprechen, sondern sich der großen Investiv-, aber auch Erhaltungsausgaben anzunehmen und vertieft über deren Tauglichkeit, Notwendigkeit, Kosten und Nutzen zu diskutieren und uns dann im Konsensverfahren im Gemeinderat gemeinsam auf einige wenige Projekte, die im Weiteren auch priorisiert werden müssen, zu verständigen, auf andere zu sparen – entsprechende Rücklagen zu bilden – sie zu verschieben, oder ganz auf sie zu verzichten. Diese Vorgehensweise und die getroffenen Entscheidungen müssten von uns allen getragen werden. Dieses Vorgehen könnte sehr helfen, finanzielle und personelle Ressourcen zu schonen. Dabei könnten wir das große Ganze sehen, nicht mehr nur unzählige kleine Positionen und wir würden uns mehr darauf fokussieren, was wir, neben den immer mehr werdenden kommunalen Pflichtaufgaben, wirklich angehen wollen, was uns wirklich wichtig ist.

Die CDU-Fraktion dankt ganz besonders Herrn Möhrle und Herrn Jakob für das Erstellen und beständige, geduldige Anpassen des Haushaltsplans 2023 und Ihnen allen für die, wie gewohnt, konstruktive Zusammenarbeit.

Wir stimmen dem diesjährigen Haushaltsplan 2023 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Stadtrat Schimpf sagt für die SPD:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrtes Publikum,

am Anfang dieser Haushaltsrede habe ich mir vorgenommen, eine positive Nachricht in der öffentlichen Erinnerung zu halten. Am 28.11.22 erschien eine Nachricht in der RNZ etwas versteckt links unten auf der Seite „Platz zwei für Neckargemünd-Bei Familienfreundlichkeit“. Die Fachzeitschrift „Kommunal“ hatte die rund 800 deutschen Städte zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern einer Analyse in Bezug auf

ihre Familienfreundlichkeit unterzogen. Dazu hatte die Zeitschrift eine ganze Reihe von Faktoren gesammelt und gewichtet.

Der Bürgermeister hat diese Auszeichnung zwar in seiner Ansprache beim Neujahrsempfang erwähnt, aber sonst hat mich die fehlende Resonanz auf diese Auszeichnung enttäuscht- besonders von den sonst so eifrigen Leserbriefschreibern. Der gesamte Gemeinderat hat sich über die Jahre gemeinsam mit der Verwaltung bemüht, dass Neckargemünd ein vielfältiges Betreuungsangebot bietet- in städtischer, kirchlicher und privater Trägerschaft. Die Millionen Euro sind gut angelegte Geld in unsere Zukunft und ein wichtiger Aspekt der Familienfreundlichkeit. Auch in diesem Haushalt zeigt die Stadt am Beispiel des privaten Kindergartens „Rumpelstilzchen“, dass der Erhalt der Vielfalt der Kinderbetreuungseinrichtungen kein Lippenbekenntnis ist.

Aus Sicht der SPD-Fraktion kann ich nur ein Ceterum censeo in Richtung der grün — schwarzen Landesregierung wiederholen, nämlich wenigstens über eine stufenweise Gebührenfreiheit in Kindergärten nachzudenken —wie es andernorts schon geschehen ist. Wir freuen uns, dass der Wunsch des engagierten Jugendforums seinen Niederschlag in einem HH-Titel für einen Skaterpark gefunden hat. 32 Kinderspielplätze in der Gesamtstadt tragen auch zur Familienfreundlichkeit Neckargemünds bei. Der laufenden Pflege — und Erneuerungsaufwand ist nicht unerheblich, aber notwendig. Die Betonung der Schulsozialarbeit ist auch in Neckargemünd zur Selbstverständlichkeit geworden.

Man könnte noch einige Punkte finden, die belegen, dass Neckargemünd für Familien ein Ort ist, in dem es sich zu leben lohnt- wie es in diesem Ranking zum Ausdruck kam. Deshalb sollte uns diese Auszeichnung von neutraler Seite erfreuen und uns ermutigen im Rahmen unserer Möglichkeiten in dieser Richtung weiter zu machen.

Ein zentraler städtischer Veranstaltungsort ist immer schon ein Wunsch des Gemeinderats gewesen. Nun ergibt sich die Chance in diesem Jahr zu einem zügigen Verhandlungsabschluss mit der Evangelischen Kirche zu kommen. Neben dem Kaufpreis ist auch ein erster Sanierungsbetrag zu stemmen. Was auch für unsere Fraktion eine hohe Dringlichkeit besitzt, ist der Feuerwehr in Dilsberg eine realistische Perspektive zu geben, nachdem der Schimmelbefall im alten Feuerwehrhaus die Notwendigkeit des Neubaus auch unter hygienischen Aspekten noch dringender demonstriert. Wir hoffen, dass der allgemeine Rückgang der Bautätigkeit vielleicht dazu geführt hat, dass die Fördertöpfe noch nicht ganz leer sind und die früheren Bescheide wieder erneuert werden. Sollte der Förderbetrag in nicht ausreichender Höhe mehr zur Verfügung gestellt werden können, dann sträubt sich die SPD-Fraktion nicht, auch z.B. über seriell gefertigte Bauelemente u.ä. Maßnahmen zu diskutieren. Der Hängezustand für die Dilsberger Wehr darf nicht weiterbestehen.

Wir hoffen auch, dass es für die „Griechische Weinstube“ in diesem Jahr endlich zu einer zufriedenstellenden Lösung kommt. Die Pandemie hat natürlich Interessenten zögern lassen, aber jetzt hoffen wir, dass die Verwaltung mit neuem Schwung an das Dauerproblem geht.

Unsere Fraktion wird sich allerdings weiterhin nicht den Schwarzen Peter für dieses Dauerproblem zuschieben lassen. Denn unser Fraktionskollege Jens Hertel hatte 2017 schon einen pragmatischen Lösungsvorschlag mit Fotomontage vorgeschlagen, wie man in dem nicht-sanierungsfähigen Bereich der ehemaligen Restaurantküche einen stilmäßig dem Areal angepassten Wohnbau hätte errichten können. Aber leider

wurde dieser Vorschlag von der Verwaltung nicht aufgegriffen und so dümpelte das Thema weiterhin so vor sich hin. Die Werbung für den Glasfaseranschluss wird hoffentlich zur Mindestbeteiligungsquote von 40% in Neckargemünd führen. Es wäre schade, wenn wie in einigen Orten durch mangelnde Beteiligungsbereitschaft der Anschluss nicht zu Stande käme. Deshalb unterstützen wir die Stadt, wenn demnächst mit allen verfügbaren Mitteln geworben wird.

Ebenso wünschen wir uns, dass sich bei der Erprobungsphase des Projekts „Freiräume“ in der Villa Menzer ein vielseitiges Interesse und Engagement zeigt, damit endlich nach jahrelanger Ungewissheit eine positive Entwicklung seinen Lauf nimmt.

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Neckargemünd ist ein Daueranliegen unsere Fraktion. Schon in meiner Stellungnahme im letzten Jahr kam das noch einmal zum wiederholten Mal zum Ausdruck, als ich auf das städtische Grundstück Herrenweg 17 hinwies und an das Versprechen aus der letztjährigen Haushaltsklausurtagung, dass im 2.oder3.Quartal 2022(!) eine Beratung des Anliegens stattfinden sollte.

Wie in unserem Änderungsantrag schon diskutiert halten wir eine Fahrradparkanlage „Radhaus“ mit Gesamtkosten von geschätzten 1,3 Mio. € für Neckargemünd zu überdimensioniert, auch wenn erstaunlich hohe Zuschüsse winken. In einem gestrigen SWR –aktuell Bericht über das Heilbronner Radhaus sind unsere Bedenken verstärkt worden. Für eine Fahrradabstellanlage im kleineren Rahmen verweigern wir uns nicht. Aber wir wollen einen Titel „Bezahlbarer Wohnraum“ o.ä. wieder im Haushalt haben, damit dieses Anliegen nicht weiter verdrängt wird.

Die umfangreichen energetischen Sanierungsvorschläge für die Kirchberghalle in Mückenloch und die Grundschule Dilsberg-Mückenloch durch die Herren Lainer und Stephan vom Klimaschutzbeirat unserer Stadt hatte ich schon in der letztjährigen Stellungnahme lobend erwähnt. Untersuchungen des Reparaturbedarfs an der Grundschule Dilsberg-Mückenloch haben nicht nur im energetischen Bereich einen größeren Sanierungsbedarf als erwartet ergeben. Deshalb setzt die SPD-Fraktion ihre Hoffnung auf baldige Planungen, die förderungsfähig sind, wenn entsprechende Programme aufgelegt werden.

Aus der letztjährigen Haushaltsrede möchte die SPD-Fraktion an den Wunsch erinnern, städtische Dachflächen, die die Stadt mangels ausreichender eigener Mittel nicht mit PV-Anlagen versehen kann, entweder über die Stadtwerke oder vielleicht auch über Bürgerbeteiligungen der Solarenergiegewinnung zur Verfügung zu stellen. Generell fehlt es an neuen genossenschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern im Bereich erneuerbarer Energie. Unseres Erachtens ist es von Anfang an ein Systemfehler in ganz Deutschland gewesen, dass besonders bei der Windkraft überwiegend die Stromkonzerne und nicht die Bürger und die Kommunen ausreichend beteiligt wurden. Zu meiner Verwunderung habe ich kürzlich in der Presse gelesen, dass das Land Baden-Württemberg ein schlechtes Vorbild ist: Nur 222 von rund 8.000 Landesgebäuden, also kümmerliche 2,8%, sind mit PV-Anlagen ausgestattet.

Der Kümmlbacherhof tauchte am 6.Februar 2023 wieder einmal in einem Artikel der RNZ auf. Er gehört zwar nicht zu unserem Haushaltsbereich. Aber das Stichwort in dem Artikel „Eine neue Zu-und Abwegungsoption vom Gelände wird überprüft“ ließ mich hellhörig werden. Denn vor langer Zeit gab es einmal Pläne, nach denen die Stadt

auch ganz kräftig zur Erschließung hätte beitragen sollen-im Klartext: mit den Mitteln des Steuerzahlers. Das wäre dann doch haushaltsrelevant. Mal genau hinsehen, ob und wann sich dort etwas tut.

Jede Stellungnahme endet mit dem Dank nicht nur an die Herren Möhrle und Jakob als Kämmerer, sondern auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung und den Technischen Diensten.“

Stadtrat La Licata sagt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Für alle Kommunen heißt es: Eine Krise nach der anderen. Umweltkrise, Pandemie, Krieg, und keine Verschnaufpause. Für alle Kommunen heißt es auch: Immer mehr Aufgaben bei gleichzeitigem Sparzwang. Es handelt sich hier um Ideologie. In Schulden steckt das Wort Schuld, das Verlangen nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt – insbesondere auf Bundes- und Landesebene – ist rein moralisch begründet. Investitionen bleiben liegen, was unserer Volkswirtschaft am Ende nur schadet. Die Schuldenbremse muss endlich weg. Zwar ist die nicht mehr ganz so neue Bundesregierung etwas vom neoliberalen Dogma abgerückt ist, leider heißt es im von CDU und grüner CDU regierten "Länd" noch: "Weiter wie bisher".

Seit langem ist unsere finanzielle Lage hier in Neckargemünd nicht einfach. Weiter elaborieren muss ich das hier und heute wohl nicht. Aber: Neckargemünd ist nicht in einem so katastrophalen Zustand, wie er im Internet und in Leserbriefen immer wieder herbeigeredet wird. Deshalb kommt jetzt etwas Ungewohntes: Der Linke hört auf, zu meckern, sondern zählt ein paar besonders positive Punkte aus den Infrastrukturinvestitionen auf, die wir im Gemeindehaushalt für 2023 geplant haben. Wir planen Verkehr zukunftsfähig mit unserem Rad- und Fußverkehrskonzept und auch mit dem Projekt "Radhaus am Rathaus". Und selbst, wenn dieses zu teuer würde und wir alternativ planen müssen: Wir schaffen eine anständige Fahrradinfrastruktur! Wir investieren in erneuerbare Energien, etwa mit dem Photovoltaik-Feld in Mückenloch und mit unseren Investitionen in Photovoltaik an öffentlichen Gebäuden. Wir schaffen mit dem Kauf des Martin-Luther-Hauses neuen öffentlichen Raum für alle, für öffentliche Veranstaltungen, für Vereine. Wir investieren in den Schutz unserer Bürger, etwa mit der Anschaffung eines Warnsirenenensystems.

Eines möchte ich noch sagen: Wir haben eine engagierte, motivierte und kompetente Stadtverwaltung. Wie in jedem großen Betrieb kann man einzelne schwarze Schafe nicht vermeiden, aber ich habe größtes Vertrauen in unsere Gemeindemitarbeiter und -beamte. Sie machen einen tollen Job! Meinen Dank auch hier an das Gremium und an den Bürgermeister für ein weiteres Jahr vertrauensvoller Zusammenarbeit.

Am Ende noch vielen Dank speziell an Herrn Möhrle und Herrn Jakob für das Ausarbeiten des Haushaltsplans für 2023, für Ihre Mühen und die gute Arbeit die Sie wieder einmal geleistet haben. Dankeschön.“

Stadtrat Fritsch sagt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Liebe Kollegen des Gemeinderates, Meinen lieben Damen und Herren im Ratssaal, den Haushalt 2023 sehe ich im Entwurf kritisch.

1. *Die finanzielle Situation der Stadtfinanzen hat keine Fortschritte gemacht. Wie seit Jahren hängt es wie ein Damokles-Schwert über uns, dass die kommunale Finanzaufsicht die Zustimmung zum Haushalt versagen kann.*
2. *Die Fraktionsberatungen und ich im Gemeinderat zum Haushalt 2023 habe ich intensiv mitverfolgt. Hier wurden Finanzpakete geschnürt, die für die Gemeinderatsmitglieder zum Teil und mir und den Bürgern schwer zu verstehen sind.*
3. *Den Personalstand der Stadt und die intern veranlassten Höherstufungen und Versetzungen in der Stadtverwaltung sah und stehe ich heute noch kritisch gegenüber.*
4. *Ich sehe mich in meiner Verantwortung in die Pflicht genommen, diesen Haushalt abzulehnen.*

Deshalb werde ich mit Nein stimmen. Aber trotzdem vielen Dank an Herrn Möhrle und Herrn Jakob für die mühsame Arbeit. Es soll ein Signal sein.“

Ortsvorsteher Erles bedankt sich für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltes. Er sehe darin gute Ansätze für die Zukunft, bedauere jedoch sehr, dass die Belange der Ortsteile zu kurz kommen. Hier sei dringend Handlungsbedarf.

Ortsvorsteher Bergsträsser sagt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren Besucher,

als Ortsvorsteher des Stadtteils Mückenloch möchte ich Ihnen Herr Bürgermeister meinen Dank für die Gelder, die im Haushaltsentwurf 2023 für unseren Ortsteil vorgesehen sind, aussprechen.

Ein ganz besonderer Dank für die finanzielle Unterstützung für die Feierlichkeiten zum 750 Jahre Jubiläum der ersten urkundlichen Erwähnung im Jahr 1273. Ich versichere wir werden mit diesem Betrag von 20.000 € pfleglich umgehen. Ich lade Sie heute schon zu den geplanten Veranstaltungen ein. Ein Flyer dazu ist in Vorbereitung.

Die Kameradinnen und Kameraden der Abteilungswehr Mückenloch haben in der Jahreshauptversammlung mit Freude vernommen, dass 110.000 € vorgesehene sind, um eine Ersatzbeschaffung des 22 Jahre alten MTW zu ermöglichen. Weitere etwa 10.000 € sollen für den Kauf für Geräte zur technischen Hilfeleistung genutzt werden. Die Anwesenheit der Kameradinnen und Kameraden zeigt, dass sie für diese Perspektiven ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ihren Respekt zollen.

Mehr als 60.000 € sind vorgesehen um die Photovoltaik Anlage auf der ehemaligen Mülldeponie in Mückenloch zu errichten. Seit etwa zehn Jahren steht dieses Projekt auf der Agenda, wollen wir hoffen, dass in diesem Jahr ein großer Schritt nach vorne getan werden kann, eigentlich muss, um die gesetzten Ziele zum Klimaschutz zu erreichen. 120.000 € sind vorgesehen, um Abwassergruben im Neckarhäuserhof an das Kanalnetz anzuschließen. Ein wahrlich stattlicher Betrag. Im Sinne des Umweltschutzes aber ohne Alternative.

Wasser in den Wein gegossen wird bei der im Vorfeld des Haushaltes besprochenen Gebäudesituation der Grundschule Mückenloch Dilsberg. Leider muss dieses Gebäude zur Sanierung hinter der Grundschule Neckargemünd zurückstehen. 25.000 € für die Fassadensanierung und die Wartung des Gebäudes sind ein Trostpflaster. Die grundsätzliche Sanierung darf aber nicht in zu weite Ferne rücken. 17.000 € für den

Digitalpakt und 25.000 € für Sozialarbeit an der Grundschule sind Investitionen in die Zukunft. Der zweite Betrag zeigt aber auch, was die Allgemeinheit für ein gutes Miteinander Auskommen und die Unterstützung einzelner tragen muss.

Die Unterhaltung und Pflege der Spielplätze und damit auch des einzigen Spielplatzes in Mückenloch liegt der Verwaltung und dem Gemeinderat besonders am Herzen. Vielen Dank dafür, besonders den beiden Spielplatzbeauftragten im Bauhof und der ganzen Equipe die dort immer wieder aktiv ist.

Jedes Jahr bemängele ich den Betrag zur Unterhaltung unserer Gemeindestraßen. 350.000 € sind vorgesehen und meines Erachtens wieder zu gering angesetzt. Diese Summe würde nicht einmal ausreichen, um in unserem Stadtteil Bürgersteige und Fahrbahnen entsprechend her zu richten. Es ist weiterhin Flickschusterei.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, bei einer Besichtigung des Neckarradweges zwischen Mückenloch und Neckarhäuserhof haben Sie in Anwesenheit der Vertreter des Landratsamtes die Unterstützung der Stadtverwaltung zugesagt, Planung und Erdarbeiten durchzuführen, um die Sicherheit der Radfahrer an den zwei berüchtigten Stellen zu verbessern. Auch hier ist der Ortschaftsrat seit Jahren am Mahnen. Heute mahne ich Ihr Versprechen an. Setzen Sie bitte die vorgesehenen 2.000 € dafür ein und sollte der Betrag nicht ausreichen, suchen Sie nach weiteren Möglichkeiten der Finanzierung, um die Sicherheit des besonders im Sommer stark frequentierten Radweges zu verbessern.

Nichts möchte ich zu den hohen Ansätzen für Feste und Märkte in Neckargemünd sagen. Diese Beträge sind zwar für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger der gesamten Stadt, aber auch die Feste und Veranstaltungen, die durch viel ehrenamtliches Engagement in den Ortsteilen gestaltet und gefeiert werden, sind ein Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger in Neckargemünd.

Was mich seit dem Beginn des Projekts „Freiräume“ in der Villa Menzer umtreibt, möchte ich hier noch einmal wiederholen. In den Ortsteilen gibt es keine „Räume“, in denen sich Personen oder kleine Gruppierungen treffen können, um miteinander zu kommunizieren. Es gibt aber „freie städtische Räume“, für die ein Nutzungskonzept erstellt werden muss, das aber so aussieht, dass diese Nutzung auch finanziell tragbar ist. Es kann nicht alles umsonst sein, aber der Staat und damit auch die Kommune haben eine Verpflichtung kommunales, kommunizierendes und gesellschaftliches Leben in einem kleinen Ort zu erhalten.

Zum Abschluss bedanke ich mich für den Erhalt der Ortsverwaltung und des Ortschaftsrates. 100.000 € sind in dem Haushaltsplan für dieses Bürgerbüro vorgesehen. Die Arbeit lässt sich vermutlich in bestimmten Bereichen effizienter gestalten. Das ist wünschenswert und lässt sich sicherlich bewerkstelligen. Circa 43% dieses Betrages werden für Personalkosten ausgegeben. Dies ohne Reinigungs- und Hausmeistertätigkeit, etwa 15 % betragen die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Ortsvorsteher und Ortschaftsrat. Klein ist der Betrag mit dem diese beiden Institutionen eigene Gestaltungen im Ort vornehmen könne. Für die Unterstützung unserer Ü60 Party bedanke ich mich. Damit wird der Gestaltungsrahmen etwas größer.

Allen beteiligten in der Verwaltung, der Kämmerei, Herrn Möhrle und Herrn Jakob vielen Dank für die vorgelegten Zahlen und das für mich nicht immer einfach zu lesende Gesamtwerk.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Die Stellungnahme zum Haushalt von Ortsvorsteherin Linier, vorgelesen von Frau Polte:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Herren Möhrle und Jakob, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

„Auch in Zeiten knapper Kassen muss eine gewisse Weiterentwicklung möglich sein, denn Stillstand ist Rückschritt“ — genau diesen Satz habe ich im letzten Jahr bei der HHVerabschiedung gesagt.

Der Ortschaftsrat hat sich nach Aufforderung durch die Stadtverwaltung wieder einmal im Herbst beraten und eine sogenannte Prioritätenliste mit HH-Wünschen der Stadtverwaltung weitergeleitet. Diese Liste ist auch allen Stadträtinnen und Stadträtinnen von der Kämmerei weitergeleitet worden.

Diese HH-Wünsche zielen nicht auf Luxus, sondern sie sollen eine nötige Weiterentwicklung im Ort ermöglichen. Kein einziger dieser HH-Wünsche findet sich im Plan der Investiven Maßnahmen. Nur von dieser Liste rede ich jetzt. Ich nenne jetzt nur die ersten 5 Posten:

Planungsrate für ein Wohngebiet „Sandklinge“: Wir haben auf der HH-Klausurtagung darüber geredet und auf entsprechender Sitzung hieß es: Dieser Punkt komme auf die Februarsitzung. Ich habe volles Verständnis dafür, dass es dieser Punkt nicht auf die Februarsitzung geschafft hat. Die Verabschiedung des HHs ist wichtiger, damit die Stadt handlungsfähig ist.

Dieser Punkt – Priorität 1 der Ortschaftsratsliste – hat es leider nur auf die Liste B, was früher wohl der mittelfristigen Finanzplanung entsprach, geschafft. Ich appelliere an Sie, Herr Bürgermeister, diesen Punkt auf die März-, spätestens auf die Aprilsetzung zu setzen. Wie wichtig ein mögliches, kleines Neubaugebiet „Sandklinge“ für den Ort wäre, habe ich ausführlich im Gemeinderat erläutert. Wir müssen jungen Familien die Möglichkeit geben, sich hier häuslich niederzulassen, wenn wir Kindergarten und Schule langfristig erhalten wollen. Es darf nicht sein, dass Waldhilsbach von Seiten der Stadtverwaltung, die ich übrigens immer verteidige und der ich immer die Stange halte, eine Weiterentwicklung verwehrt wird. Leider muss ich immer wieder im Ort hören: „Wären wir selbstständig, hätten wir längst ein weiteres Baugebiet, so wie alle Orte um uns herum.“ Versagen Sie uns bitte diese Möglichkeit zur Weiterentwicklung nicht.

Barrierefreiheit war der 2. Punkt auf der OR-Liste und um sie bemüht sich der OR seit vielen Jahren. Wir brauchen eine Rampe zum Schulhof sowie eine behindertengerechte Toilette auf dem Parkplatz vor der Mehrzweckhalle „Am Forlenwald“ oder in der Mehrzweckhalle. Schulhof, Sängersheim und Mehrzweckhalle sind nicht barrierefrei zu erreichen.

Aber genau an diesen drei Orten spielt sich ein Großteil des öffentlichen und geselligen Lebens ab. Hier werden Feste gefeiert, hier trifft man sich. Im Sängersheim, das nur vom Schulhof aus zugänglich ist, probt jeden Abend ein anderer Chor oder eine andere Instrumentalgruppe. Hier fanden alle Ortschaftsratssitzungen während Corona statt und da weichen wir mit den OR-Sitzungen aus, wenn wir mehr Besucher erwarten, damit der Bauhof nicht Stunden mit Auslegen und wieder Einrollen des Bodens verbringt.

Im Sängersheim findet außerdem der monatliche Seniorentreff statt. Für gehbehinderte Menschen ist es sehr schwierig oder gar nicht machbar,

Veranstaltungen an diesen Orten zu besuchen. Zwar gelangt man barrierefrei in die Mehrzweckhalle, nicht aber zur Toilette. Dass man eine Rampe und eine behindertengerechte Toilette nicht in einem Jahr machen kann, verstehen wir. Aber dafür, dass wieder einmal nichts dafür im HH steht, habe ich kein Verständnis. Wenn Rampen nach DIN gebaut werden, werden sie zu 90% bezuschusst. Im letzten Jahr hatten Sie, Herr Bürgermeister, mir am 03.06. bei einem Vorort-Termin zugesagt, dass das Stadtbauamt entsprechende Berechnungen anstellen wird. Ich habe Verständnis dafür, dass das nicht geschehen ist. Ich weiß um die Personalausfälle im Stadtbauamt. Hätte man aber nicht trotzdem einen HH-Posten einstellen können — in der Hoffnung, dass sich die Situation in diesem Jahr verbessert? Am 25. Januar dieses Jahres haben sich Herr Seidel und zwei weitere Vertreter des FB5 zusammen mit mir die Situation vor Ort angeschaut. Das gibt mir wenigstens etwas Hoffnung, dass — obwohl kein HH-Ansatz bei den Investiven Maßnahmen zu finden ist — Bewegung in die Sache kommt.

Denn wie soll ich unseren älteren, gehbehinderten Mitbürgern erklären und verständlich vermitteln, dass ein Radhaus am Rathaus gebaut wird, weil es zu 85% bezuschusst wird, man aber ihnen, die ihr ganzes Arbeits- und Rentnerleben lang Steuern gezahlt haben, eine Rampe, die in noch höherem Maße bezuschusst wird, versagt. Wie soll ich dieser immer größer werdenden Bevölkerungsgruppe erklären, dass die Stadtverwaltung das Geld lieber den noch körperlich fitten Mitbürgern, die mit dem Rad fahren können, zukommen lässt, aber für ihre Bedürfnisse kein Geld in die Hand nimmt? Und das muss ich nicht nur die Stadtverwaltung fragen, sondern das ganze Gremium hier.

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle wörtlich gesagt:

„Überhaupt sollte man an dieser Stelle überlegen, ob man nicht einen Mitarbeiter/ eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung den Aufgabenbereich überträgt, für das Eruiieren und Beantragen von Zuschüssen generell zuständig zu sein. Diese Person wäre dann Ansprechpartner für alle Fachbereiche. Vielleicht würde sich sogar eine neue Teilzeitstelle rechnen.“

Jetzt haben wir einen Mitarbeiter, der dafür zuständig ist, was mich sehr freut. Ich bitte eindringlich darum, dass jetzt auch bezüglich einer Rampe zum Schulhof als 1. Schritt zu einem barrierefreien Zugang zu Schulhof und Sängerheim gehandelt wird. Gerade einer Stadt wie Neckargemünd stünde Barrierefreiheit — auch in den Ortsteilen — gut zu Gesicht.

Der 3. Punkt war eine Planungsrate Dorfentwicklung. Da finde ich explizit nichts für Waldhilsbach.

Die Renaturierung des Stauwehrs war der vierte Punkt. Ich hoffe sehr, dass die Mauern halten und dass keine Gefahr im Verzug ist. Aber soweit ich weiß, besagt ein Gutachten, dass hier schon länger Handlungsbedarf ist. Die Verwaltung sollte ein Auge draufhaben. Leider ist auch hierfür nichts im HH vorgesehen.

Eine Planungsrate Umgestaltung der Wohnung im OG in Gruppenräume im Kindergarten war der nächste Punkt.

Im HH 2020 waren 50.000 € vorgesehen, aufgrund von hohen Gewerbesteuer-einbrüchen infolge von Corona fand hier keine Realisierung statt. Dafür hatten wir Verständnis.

Im HH 2022 waren 30.000 € eingestellt, es fand erneut keine Realisierung statt. Ukrainerinnen sind derzeit in der Wohnung untergebracht, deshalb ist die

Planungsmaßnahme dem Rotstift der Stadt zum Opfer gefallen, wie Herr Seidel mir auf Nachfrage mitteilte. Er hat angeboten, die Planungsrate wieder im HH 2023 aufzunehmen. Das halte ich für absolut notwendig. Denn ohne die Umgestaltung der oberen Wohnung in Gruppenräume kann keine Ganztagsbetreuung im Ort erfolgen, was absolut nicht mehr zeitgemäß ist. Die Planung sollte stehen, wenn die Ukrainerinnen in eine andere Wohnung ziehen können.

Aber: Im HH 2023 ist kein Geld für eine solche Planungsrate eingestellt. Genauso wenig wie ich überhaupt nur einen einzigen Punkt der weiteren Waldhilsbacher HH-Wünsche des Ortschaftsrates wiedergefunden habe. Von den weiteren Punkten verschone ich Sie. Das entsetzt und frustriert nicht nur mich, glauben Sie mir. Immer wieder muss ich mir von Ortschaftsräten und Ortschaftsrätinnen und vielen Bürgern anhören, dass Waldhilsbach mehr als stiefmütterlich behandelt wird. Dabei hat der Ort — und das möchte ich ausdrücklich betonen — eine gute Einkommens- und somit auch gute Steuerstruktur. Es ist an der Zeit, dass die Verwaltung hier endlich gegensteuert und den Waldhilsbacher Bürgern beweist, dass sie ihr wichtig sind.

Mir ist bewusst, dass das harte Worte sind, die aber einmal gesagt werden müssen. Was ich Ihnen versichern kann, ist, dass, sehr viel härtere Worte von den Bürgern fallen. Ich habe sie kräftig „weichgespült“. Die Frustration ist sehr groß. Und deshalb appelliere ich an Sie alle — an die Verwaltung und an den Gemeinderat — diese Worte nicht gleich wieder zu vergessen, sondern sie sich zu Herzen zu nehmen, sie ernst zu nehmen.

In dieser Hoffnung stimme ich trotz großer Frustration dem Haushalt zu.

Ein Wort zu dem Erfolgsplan: Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass der Spielplatz in der Eulenscheich in diesem Jahr neu hergerichtet wird. Nach über 40 Jahren ist es kein Luxus. Ich danke den Herren Schick und Lochmann, die in ihrer Funktion als Spielplatzbeauftragte ausgezeichnete Arbeit leisten.

Die Umstellung auf LED im Kindergartenbereich begrüße ich aus Klimaschutzgründen und langfristiger Kostenersparnis sehr.

Ich danke den Herren Möhrle und Jakob ausdrücklich für Ihre Arbeit und versichere Ihnen beiden, der aufgestaute Frust hat in keiner Weise etwas mit Ihnen zu tun. Wann immer ich Ihre Hilfe brauche, bekomme ich sie. Dafür danke ich Ihnen beiden ausdrücklich.

So wie ich Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit danke.“

Der Bürgermeister dankt für die Beiträge und Dankesworte an die Verwaltung. Es sei wie immer ein Jahr mit Höhen und Tiefen, mal bekomme man das eine realisiert, mal nicht.

1.1: **Beschluss:**

1. Haushaltssatzung der Stadt Neckargemünd für das Haushaltsjahr 2023

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 28.02.2023 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. Im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	40.025.600
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	- 42.934.900
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	- 2.909.300
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	- 2.909.300

2. Im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	39.425.600
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	- 39.333.300
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	92.300
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.578.000
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	- 4.584.200
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	- 3.006.200
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	- 2.913.900
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	2.000.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	- 1.028.200
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	971.800
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	- 1.942.100

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 2.000.000 EUR.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und

Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 0 EUR.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 EUR.

Nachrichtlich:

Die nachfolgend aufgeführten Realsteuer-Hebesätze wurden in der Hebesatzung vom 10.05.2005, zuletzt geändert am 26.10.2021, festgesetzt und werden hier nur nachrichtlich wiedergegeben. Sie betragen

1. Für die Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 320 v. H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 400 v. H.
der Steuermessbeträge;
2. Für die Gewerbesteuer auf 360 v. H.
der Steuermessbeträge.

Neckargemünd, den 28.02.2023

Frank Volk, Bürgermeister

2. Der Gemeinderat beschließt die mittelfristige Finanzplanung wie im Haushalt enthalten.

Die Beschlüsse werden mehrheitlich bei einer Gegenstimme gefasst.

5: **Gemeindeverwaltungsverband: Vorberatung der Tagesordnung der Verbandsversammlung am 08.03.2023**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2: **Beratung:**

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 08.03.2023.

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2022 vom 01.06.2022	x	
2.	Feststellung der Jahresrechnung 2022	x	
3.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023	x	
4.	Mitteilungen und Anfragen	x	

6: **Mitteilungen und Anfragen**

6.1: **Auszeichnung familienfreundliche Kommune**

Stadtrat Katzenstein kritisiert, dass die Auszeichnung familienfreundliche Kommune es nicht hergebe, auch wenn man durchaus familienfreundlich sei. Man nehme an, sie hätten nach Spielplätzen oder der familienfreundlichen Staffelung geschaut. Dies spiele jedoch keine Rolle, BIP-Entwicklung, Insolvenzverfahren, Abstand zur Autobahn schon. Die Auszeichnung sei nicht seriös.

Der Bürgermeister sagt in seiner Gegenrede, dass man nicht immer alles schlecht reden müsse.

6.2: **Altstadtsatzung**

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand Altstadtsatzung.

Der Bürgermeister antwortet, man schaue in welche Sitzung es genommen werde. Eventuell komme die Satzung schon im März.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Schlüchtermann

Die Schriftführerin

Stadträtin Streib